

Initiativgemeinden sagen Nein zur BLPK-Abstimmung am 22. September 2013

Die drei federführenden Gemeinden der Initiative zur „einheitlichen Ausfinanzierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse, BLPK“ empfehlen dem Stimmvolk am 22. September die BLPK-Reform abzulehnen. Die Vorlage, über die abgestimmt wird, berücksichtige nicht die Anliegen der Gemeinden. Für einige Gemeinden und für die angeschlossenen Organisationen sei die Reform finanziell nicht tragbar, begründen die Initianten ihre Ablehnung.

Die Initiativgemeinden bemängeln, dass bei der Erarbeitung der Vorlage durch Regierungsrat und Landrat auf die Anliegen der Gemeinden als grösste Versichertengruppe nicht eingegangen wurde. Die zur Abstimmung stehende Vorlage ist für viele Gemeinden finanziell nicht tragbar. Zudem sind viele Fragen noch offen. Beispielsweise die Frage, wer die Ausfinanzierung der angeschlossenen Organisationen wie Spitex, Altersheime oder Musikschulen trägt. Die Initianten befürchten auch, dass unkoordinierbare und politisch verheerende Pattsituationen entstehen, wenn die Reform auf Kantonsebene am 22. September beschlossen und später in einzelnen Gemeinden die kommunale Sanierungsvorlage abgelehnt werde.

Initiativgemeinden fordern eine Diskussion über eine Teilkapitalisierung der BLPK

Mit einer Ablehnung der Vorlage am 22. September kann die Chance genutzt werden, eine bessere Lösung zu finden, welche die Anliegen der Gemeinden aufnimmt. Nach Ansicht der Initiativgemeinden sollte zudem die Diskussion über eine Teilkapitalisierung der BLPK geführt werden. Die Gemeinden fordern, auch andere Finanzierungsmodelle zu prüfen. Beispielsweise die Lösung, die der Kanton Solothurn gewählt hat. Der Regierungsrat Solothurn zeigte sich bereit, den gesamten Fehlbetrag der Kantonalen Pensionskasse (PKSO) von gut einer Milliarde Franken als Schuld zu übernehmen und die Gemeinden substanziell zu entlasten.

Die Zeit nutzen, um eine Lösung zu finden

Da der Bund den Termin für die Pensionskassensanierung auf Anfang 2015 verschoben hat, bleibt genügend Zeit, um nach einem Nein am 22. September eine mehrheitsfähige Lösung zu finden, die mit dem Finanzhaushalt der 86 Baselbieter Gemeinden vereinbar ist.

Gemeindeinitiative wird von 46 Gemeinden unterstützt

Am 8. April 2013 haben 28 Gemeinden eine formulierte Initiative gegen die BLPK-Sanierung eingereicht. Inzwischen wird das Anliegen von insgesamt 46 Gemeinden unterstützt. Die Initiative fordert, dass der Kanton die Ausfinanzierung der BLPK zu tragen habe. Damit lässt sich der Umsetzungsaufwand der Reform deutlich reduzieren. Sonst käme es zu 86 kommunalen Abstimmungen über Finanzierungswege, Vorsorgepläne und Steuererhöhungen. Mit einer einheitlichen vom Kanton getragenen und koordinierten Lösung können Aufwand und Kosten reduziert werden.

Medienmitteilung der Gemeinden Binningen, Liestal, Reinach, Allschwil, Anwil, Biel-Benken, Blauen, Brislach, Diepflingen, Giebenach, Häfelfingen, Läufelingen, Lauwil, Liesberg, Nenzlingen, Reigoldswil, Roggenburg, Rothenfluh, Rünenberg, Seltisberg, Sissach, Thürnen, Wahlen, Wittinsburg, Zeglingen

Abstimmung über die Gemeindeinitiative erst 2014

Die Initiative wurde inzwischen für gültig erklärt. Falls die BLPK-Reform am 22. September angenommen wird, findet 2014 eine Abstimmung über die Gemeindeinitiative statt. Falls die Reform am 22. September abgelehnt wird, wird die Gemeindeinitiative bis zum Vorliegen der angepassten Reform sistiert.

Für weitere Informationen

Mike Keller
Gemeindepräsident
Binningen

Urs Hintermann
Gemeindepräsident
Reinach

Lukas Ott
Stadtpräsident
Liestal